

Jürgen Peters  
Fraktionsvorsitzender  
*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN*  
Meerbusch

Meerbusch, den 05.01.2012

Offener Brief an Herrn Staudinger-Napp (Fraktionsvorsitzender UWG)

Sehr geehrter Herr Staudinger-Napp,

mit großer Erleichterung haben wir dem Bericht der RP vom 29.12. und des Extra-Tipps vom 1.1.2012 entnommen, dass wir Grüne nicht gezwungen sein werden, mit Ihnen nach einem gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten für die Wahl im Jahre 2015 zu suchen. Das ist für uns insofern beruhigend, da wir mit einem gemeinsamen Kandidaten (für uns wäre allerdings auch eine Frau möglich) gewiss Probleme gehabt hätten, wenn diese BewerberInnen Ihren teilweise abstrusen politischen Ansprüchen entsprechen müsste.

Denn für uns kommen keine BürgermeisterInnen in Frage, deren Politik beliebig ist, die sich schlecht informieren und z.T. unsinnige Anfragen stellen, die kein Interesse an einer konstruktiven politischen Diskussion haben und deren wesentlicher Beitrag aus ins Leere greifender Empörung besteht.

Im RP-Artikel wird behauptet, dass die in 2008 von den Grünen initiierte Suche nach einer gemeinsamen Bürgermeisterkandidatin am unklaren Wahltermin gescheitert ist. Das ist falsch. Fakt ist, dass es keine Einigung zwischen der SPD, FDP und den Grünen gab, da die inzwischen geschrumpfte Volkspartei nach etwa 7-monatiger Diskussion einen gemeinsamen Kandidaten mit SPD-Parteibuch haben wollte.

Sie behaupten, „dass die Grünen mit wehenden Fahnen zur CDU übergelaufen sind“ und wissen nicht, dass die CDU und FDP bereits vorher eine Absprache zur Zusammenarbeit getroffen hatten. Sie wissen weiter nicht, dass die Grünen an eine Zusammenarbeit mit der CDU umfangreiche Forderungen geknüpft haben, und diese bereits zu einem großen Teil abgearbeitet sind. Sie bekommen anscheinend nicht mit, welche diversen, für die CDU eher untypischen Projekte, in Meerbusch inzwischen auf den Weg gebracht wurden. Die Grünen haben die gesamte Ostara-Planung neu aufgerollt und gemeinsam mit CDU und FDP erreicht, dass das größte Meerbuscher Planungsgebiet der letzten Jahrzehnte in zentraler Lage eine autarke, klimaneutrale Energieversorgung erhält und auch sonst einen deutlichen „grünen Anstrich“ (schmalere Straßen, hoher Anspruch an den energetischen Standard der Bebauung, Schwerpunkte bei Sozialstruktur und Radwegen etc). Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass die Grünen die CDU schließlich überzeugen konnten, sich nicht an Energieprojekten (Green-Gecco) mit dem RWE-Konzern zu beteiligen. Sie haben wohl ebenfalls nicht bemerkt, dass in Meerbusch verschiedene Klimaprojekte und die Erarbeitung eines Klimakonzeptes auf den Weg gebracht wurden und eine Klärung zur Nutzung von Windenergie bevorsteht. Ihnen müsste auffallen, dass wir inzwischen deutlich mehr inhaltlichen und konstruktiven Austausch in fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppen haben (mit UWG-Beteiligung) und damit fundierte Grundlagen für Sachentscheidungen in Rat und Ausschüssen vorbereiten können.

Das und anderes hätte Ihnen auffallen können, wenn Sie sich mit dem etwas komplexeren politischen Geschehen tatsächlich auseinander setzen würden. Es sollte Ihnen ebenso auffallen, dass Ihre Anträge und Anfragen in verschiedenen Ausschüssen häufig so substanzlos und defizitär sind, dass selbst Ihre eigenen UWG-KollegInnen zeitweise irritiert sind.

Dabei schätzen wir verschiedene sachkundige BürgerInnen der UWG in Ausschüssen und Arbeitskreisen mit ihren kompetenten und lösungsorientierten Beiträgen.

Es ist auffällig, dass Sie Aussagen und Entscheidungen von UWG-VertreterInnen, z.B. von Frau Fingerhut aus dem letzten Bauausschuss, revidieren und im Hauptausschuss mit dem Hinweis, dass Frau Fingerhut nicht im Thema war, neu beraten lassen, um dann nach einer schlüssigen Erklärung der Verwaltung zum selben Ergebnis zu kommen wie zuvor Ihre Kollegin. Da war sie Ihnen wohl einfach etwas voraus.

Sie treffen auch eine Fülle von widersprüchlichen Aussagen, die wir mit einigen Beispielen belegen möchten:

Sie fordern vom Bürgermeister Spindler die Sportförderung „endlich zur Chefsache zu erklären“, sprechen demselben Bürgermeister aber im RP-Artikel vom 29.12. die Kompetenz ab „Denker und Lenker“ zu sein, der nichtwisse, „wo der Hebel anzusetzen“ sei. Wir Grüne bevorzugen im übrigen demokratisch legitimierte Entscheidungen.

Sie kritisieren in der RP am 16.6.2011, dass Anwohner vor freilaufenden Hunden am Lanker See geschützt werden müssen und fordern die Prüfung einer veränderten Hundesteuer mit Hinweis auf die Düsseldorfer Satzung (für Kampfhunde 600 € statt ca. 80 € in Meerbusch). Als dieses im Rahmen der Haushaltsdebatte beraten wird, wollen Sie davon nichts mehr wissen und sind nun plötzlich zum Hundefreund mutiert.

Sie bezeichnen sich in Ihrer Haushaltsrede (Dez. 2011) als pragmatisch und scheuklappenfrei und unterscheiden bei den Ausgaben zwischen den Pflichtleistungen und dem Wünschenswerten. Dabei haben Sie aus den Augen verloren, dass Ihre erste politische Forderung nach Amtsantritt die nach einer umfassenden städtischen Finanzspritze (also Geld der BürgerInnen) für die UWG war, und zwar in einem Umfang, der deutlich oberhalb des hiesigen Regelwerkes lag und den keine andere Fraktion jemals für sich beansprucht hat.

Im Planungsausschuss kritisiert ein UWG-Vertreter zu Recht die fehlende Gebäudeausrichtung nach dem Meerbuscher Klimaschutzkonzept (übrigens auf Initiative der Grünen) für den Bereich Auf dem Kamp. In einer späteren Diskussion und Beschlussfassung zum selben Thema betrachtet ein anderer UWG-Vertreter die Ausrichtung - diesmal unter architektonischem Blickwinkel - und spricht sich gegen die Anwendung des Klimaschutzkonzeptes aus. Ja was ist denn jetzt der Bürgerwille?

Der Bund für Umwelt und Naturschutz, die FDP, SPD und die Grünen haben mit Ihrer Beteiligung, Herr Staudinger-Napp, vor einigen Monaten gemeinsame Aktionen zum Atomausstieg geplant. Bis zum ersten Zeitungsartikel hat es bei Ihnen noch gereicht, bevor Sie sich den Aktionen entzogen haben, da es bei Ihnen keine klare Haltung zur Nutzung der Atomenergie gab. Sie könnten sich jetzt wieder öffentlichkeitswirksam äußern, ca. 80 % der deutschen Bevölkerung und alle Parteien im Bund haben sich klar gegen die Atomkraft ausgesprochen.

Sie sind Sie ständig auf der Suche nach Skandalen und stürzen sich auf alles, was irgendwie mit einem Hauch von Kritik verbunden sein könnte und müssen nach den regelmäßigen Erklärungen (meist der Verwaltung) einknicken, weil klar wird, dass Sie nicht auf dem Laufenden sind.

Sie fordern den Rücktritt der Sozialdezernentin Frau Mielke-Westerlage, weil diese sich verhalten kritisch zur diskutierten Methadonpraxis in Büderich geäußert haben soll und nach Ihrer Auffassung inkompetent sei. Diese Forderung ist absurd. Frau Mielke-Westerlage hat seit Ihrem Amtsantritt dem gesamten Sozial-, Jugend- und Bildungsbereich einen kräftigen kreativen Schub verpasst.

Sie haben keine Skrupel, Bürgeranträge (Spielplatz Ilverich) oder Einwendungen von Initiativen (K9n) fast wortgetreu abzuschreiben und mit Ihrem Briefkopf als Antrag einzureichen.

Sie versuchen –trotz deutlich anders lautender Zahlen, Statistiken und Einschätzungen der Kriminalpolizei (die auch Ihnen bekannt sind), in der Bevölkerung Stimmung gegen die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung zu machen und irrationale Ängste zu schüren.

Sie sehen, wir befürworten es, dass wir nicht mit Ihnen nach einer Bürgermeisterin Ausschau halten müssen. Sie, Herr Staudinger-Napp, nicht die UWG, sind leider einfach nicht politikfähig.

Jürgen Peters  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis90 / DIE GRÜNEN